

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“^{*)}

Erschienen in:

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (7), 143-148

^{*)} Friedrich Schiller, Die Verschwörung des Fiesco zu Genua (3. Akt, 4. Szene)

Als sich im Jahre 1992 das damalige brandenburgische Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung (MUNR), namentlich der junge, aus der grünen Bewegung stammende Minister, Matthias Platzeck, entschied, den Antrag des Vereins der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparkes Unteres Odertal e.V. (Verein) bei der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie (BFANL), heute Bundesamt für Naturschutz (BfN), zu unterstützen, gab es dafür aus Sicht des Landes Brandenburg im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen sollten auf diese Weise im Rahmen eines Naturschutzgroßprojektes von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung des Bundes Fördermittel erschlossen werden, die dem Land selbst nicht zugänglich waren, sondern aus guten Gründen nur privaten Trägern zuteilwerden sollten. Zum anderen sollte bewusst bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement gefördert und zur Teilhabe am öffentlichen Leben ermuntert werden. Das war neu für die alte DDR und ein wichtiger Programmpunkt der grünen Bürgerbewegung, die Platzeck den Weg in die Politik geebnet hatte. Unabhängige und fachlich kompetente Vereine, Stiftungen und Verbände sollten Verantwortung übernehmen und das öffentliche Leben mitgestalten.

Anders als heute so manche Naturschutzgegner behaupten, war die Beauftragung eines unabhängigen Vereins, zu dem sich Naturschützer, Wissenschaftler, Bürgermeister, Landräte, Pfarrer und Unternehmer 1992 zusammengeschlossen hatten, keineswegs ein Geburtsfehler, sondern die Geburtsstunde des Nationalparkes und ein Glücksfall für den Naturschutz. Ohne das Geld, die Flächen, das Engagement und ohne die stringente Landerwerbsstrategie des Vereins würde es heute, knapp zwanzig Jahre später, keinen einzigen Nationalpark in Brandenburg geben. Bundesweit sind heute 0,54 Prozent der Fläche zu einem der vierzehn Nationalparke erklärt, in Brandenburg trotz überdurchschnittlich guter Naturausstattung nur 0,3 Prozent, also nur gut halb so viel. Das Land Brandenburg sah sich damals gar nicht in der Lage, einen Nationalpark zu gründen, und hat diese schwierige und langwierige Aufgabe bewusst einem gemeinnützigen Verein übertragen, der dem Naturschutz und dem Gemeinwohl verpflichtet und den wechselnden Pressionen profilierungssüchtiger Lokalpolitiker nicht so ausgesetzt war.

Die Zeit kurz nach der Wende war eine hohe Zeit des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes. Es gab eine wahre Aufbruchstimmung und gerade auch für den Natur- und Umweltschutz viele Fördermittel, von denen man in früheren und auch späteren Jahren nur noch träumen konnte. Das Gewässerrandstreifenprogramm des Bundes, aus dem die Fördermittel für den Verein flossen, war damals speziell an dem durchaus konfliktbehafteten Landerwerb

orientiert und im Grunde genommen der einzige Fördertopf, aus dem in den notwendigen Größenordnungen Mittel für den Flächenkauf zu erhalten waren.

Diese Landerwerbsstrategie, die der Verein von Anfang an verfolgte, hat sich national wie international im globalisierten Kapitalismus zu der erfolgreichsten Naturschutzmethode weltweit entwickelt. Reiche Philanthropen kaufen in Konkurrenz zu Holz- oder Agrarunternehmen ausgedehnte Landstriche, um sie der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Man denke nur an John Eliasch, der 1.600 Quadratkilometer brasilianischen Regenwalds, an George Soros, der 4.000 Quadratkilometer in Südamerika kaufte, oder an Ted Turner, der 8.100 Quadratkilometer – dreimal so viel Fläche wie das Saarland groß ist – in Feuerland und Argentinien erwarb. In Übersee zu kaufen ist dabei noch vergleichsweise einfach und billig, aber man muss auch in den Naturschutz im eigenen Land investieren, will man sich nicht dem Vorwurf des Öko-Kolonialismus aussetzen. Auch ist es nicht nur Aufgabe reicher Unternehmer, die letzten Reste unzerstörter Natur zu sichern, sondern auch des Staates, der sich dazu durchaus gemeinnütziger Vereine und Stiftungen bedienen kann. Auch gemeinnützige Verbände und Gesellschaften versuchen Flächen zu kaufen und für die natürliche Entwicklung zu reservieren, müssen aber dazu mühsam das notwendige Geld zusammenbetteln. So versucht aktuell die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF) die notwendigen 1,5 Millionen Euro aufzutreiben, um für dreißig Jahre die Nutzungskonzession für eine 136.000 Hektar große Pufferzone um den Bukit Tiga Puluh Nationalpark auf der indonesischen Insel Sumatra zu erwerben, sieht sich aber dabei in harter Konkurrenz zu der Papier- und Holzindustrie.

Aber kaum machte sich der Verein, getreu den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides von 1992, an die Arbeit, schien den einen oder anderen Verantwortlichen die Entscheidung, einen unabhängigen Verein mit der Aufgabe zu betreiben, zu reuen. Einerseits zeigte sich, dass die Umsetzung des höchst anspruchsvollen Naturschutzgroßprojektes keineswegs konfliktfrei zu bewerkstelligen war, andererseits machte der Verein von Anfang an deutlich, dass er sich als Sachverwalter des Naturschutzes und der Nationalparkidee und keineswegs als Erfüllungsgehilfe des Ministeriums sähe. Wenn das Projekt also recht bald in schwieriges Fahrwasser kam, so lag das vor allem am öffentlich ausgetragenen Streit zwischen dem brandenburgischen Landwirtschafts- und dem brandenburgischen Umweltminister. Insbesondere Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann lehnte jede Veränderung und Verschlechterung für die Land- und Forstwirtschaft durch den Naturschutz und Nationalpark öffentlichkeitswirksam ab. Dieser ständige Streit zwischen den verschiedenen Ministerien und der Verwaltung über die Nationalparkpolitik des Landes, die zunächst einmal allen alles, aber damit jedem etwas anderes versprach, war die wesentliche Ursache für die Nationalparkverdrossenheit in der Region. Hier hat sich erst in den letzten Jahren, zumindest auf dem Papier, eine stringente Nationalparkpolitik des Landes herausgebildet, was zu einer weitgehenden Beruhigung der Situation vor Ort geführt hat. Der Verein hingegen hat seit seiner Gründung seine Ziele und Pläne nicht geändert und offen kommuniziert. Seine Haltung kann also keinen durchschlagenden Einfluss haben, weder auf die angeblich große frühere Ablehnung noch auf die angebliche aktuell große Zustimmung in der Region zum Nationalparkprojekt des Landes.

Dennoch konnte der Verein in den neunziger Jahren in großem Umfang Flächen kaufen und dafür weit mehr Mittel ausgeben, als eigentlich in den einzelnen Jahren vorgesehen waren. Dazu musste er in einem schwierigen Balanceakt immer wieder eine Einigung mit den Zuwendungsmittelgebern herbeiführen. Die seinerzeitige naturschutzfreundliche Haltung des Bundesamtes für Naturschutz, insbesondere seines Präsidenten Dr. Martin Uppenbrink, gab ihm aber in den Verhandlungen mit dem brandenburgischen Ministerium immer wieder eine starke Position.

Die letzten Fördermittel erhielt der Verein im Jahre 2000 mit dem Zuwendungsbescheid von 1999. Ausschlaggebend für die vorzeitige Einstellung der Förderung – gut 10 Millionen Euro *bewilligte Fördermittel* gingen dem Land Brandenburg auf diese Weise ersatzlos verloren – war keineswegs, wie vorgeschoben, die von Anfang an beabsichtigte Übertragung der Flächen vom Verein auf die Nationalparkstiftung Unteres Odertal (Stiftung), sondern die irgendwann nicht mehr zu übersehende Weigerung des Vereins, die ständig wechselnden und sich widersprechenden Weisungen aus dem Ministerium zum Schaden des Naturschutzes und des Nationalparks umzusetzen. Die Hoffnung der Spitzen des Ministeriums, der privatrechtliche Verein sei eigentlich nur eine Fortsetzung des Staates mit anderen Mitteln und ein willfähriger Erfüllungsgehilfe des Ministeriums, hatte sich als Illusion erwiesen. Der Verein, der Vorstand und seine aktiven Mitglieder hatten sich in einem schwierigen Abnabelungsprozess emanzipiert und sich als dem Naturschutz im Allgemeinen und der Nationalparkidee im Besonderen, konkret dem Zuwendungsbescheid und dem Pflege- und Entwicklungsplan verpflichtet erwiesen. Für politische Opportunitätsargumente war da kein Platz. Einer fachlich-sachlichen Diskussion über die Ziele des Naturschutzes und des Nationalparks sind das Ministerium und seine nachgeordneten Behörden immer wieder aus dem Weg gegangen. In einer Auseinandersetzung mit dem Verein hätten sie auch keine Chance gehabt, zumal er von den großen Naturschutzverbänden und bis zum Amtsantritt von Vogtmann auch vom Bundesamt für Naturschutz nachhaltig unterstützt wurde.

Spätestens ab dem Jahre 2000 versuchte also das Ministerium den unbeugsamen, ungeliebten Verein loszuwerden. Zunächst hatte das Ministerium noch versucht, über die Vereinsmitglieder, die beruflich und finanziell vom Ministerium abhingen, den Verein von innen heraus zu kippen. Aber obwohl sich der SPD-Fraktionsvorsitzende des brandenburgischen Landtages, Wolfgang Birthler, als damaliges Vereinsmitglied an die Spitze der Aufständischen stellte, reichte es nicht zur Mehrheit, und die Minderheit verließ daraufhin wütend den Verein. Der Auszug der meisten Verwaltungsmitarbeiter unter dem damaligen Verwaltungsleiter Romuald Buryń stärkte natürlich die Kampfkraft des Vereins.

Nachdem nun die Auflösung von innen heraus gescheitert war, versuchte das Ministerium, nunmehr unter dem auch für den Naturschutz zuständigen Landwirtschaftsminister Birthler, die Zerstörung von außen. Das Ministerium forderte auf dem Klagewege - wie sich später herausstellte völlig unberechtigt - in größerem Umfang Fördermittel zurück und versuchte die Übertragung der Flächen vom Verein auf die Stiftung zu verhindern. Zwar gab es unter dem neuen, für den Naturschutz zuständigen Abteilungsleiter von Bothmer eine ganze Reihe verheißungsvoller Gespräche zwischen Ministerium und Verein. Nachdem aber der Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke (SPD) Herrn von Bothmer die Zuständigkeit wieder entzogen hatte, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Verein und

Ministerium erneut. Das Ministerium versuchte, wenn auch ohne Strategie und Stringenz, durch publizistische und juristische Angriffe verschiedener Art den Verein aus der Welt zu schaffen, bisher allerdings ohne jeden Erfolg.

Der Hintergrund dieser Bemühungen war ein schon während der Regentschaft Stolpe sich änderndes gesellschaftspolitisches Klima. Nicht ohne Zustimmung weiterer Bevölkerungskreise hatte der brandenburgische Ministerpräsident seinem liebevoll „kleine DDR“ genannten Brandenburg eine neue Identität zu stiften versucht. Der Staat sollte wieder in den Bereichen Wissenschaft und Kultur, aber auch im Natur- und Umweltschutz dominieren. Unabhängige Vereine, Verbände und Stiftungen waren nicht erwünscht und nur geduldet, solange sie die ihnen zugedachte Rolle als verlängerter Arm staatlicher Autoritäten akzeptierten. Unvergessen bleibt, wie Platzeck (SPD) selbst noch 2009 versuchte, bei der Wahl des Vorsitzenden des Naturschutzbundes Brandenburg einen ihm willfährig ergebenden Kandidaten, den ehemaligen Umweltminister Eberhard Henne (SPD), durchzudrücken, zum Glück erfolglos. Ein Pluralismus der Meinungen und Methoden, ein fachlicher Diskurs über den besten Weg zum Ziel waren nicht mehr gefragt.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie notwendig unabhängige und kompetente Naturschutzvereine in Brandenburg sind, so genügt ein Blick auf die ruinöse Personalpolitik in Brandenburgs Großschutzgebietsverwaltungen. Dort hatte 2007 Landwirtschaftsminister Woidke (SPD), an weitaus kompetenteren Mitbewerbern vorbei seine Parteifreundin Konstanze Knappe, jetzt verheiratete Simon, als Leiterin des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin mit allerlei Tricks durchgedrückt, eine Entscheidung, die nach einer Konkurrentenklage vor dem zuständigen Gericht keinen Bestand hatte. Der Posten ist auch heute noch, drei Jahre später, beim größten Biosphärenreservat Deutschlands nur kommissarisch besetzt, ein ordnungsgemäßes Besetzungsverfahren ist nicht abzusehen. Wenn sich eine Partei den Staat zur Beute macht, bleiben fachliche Kompetenz und Qualität auf der Strecke.

Ähnlich chaotisch sieht es in der Organisation der Großschutzgebiete Brandenburgs aus. Nach einer Aufbauphase wurden sie zunächst in eine Landesanstalt für Großschutzgebiete überführt. Michael Succow übernahm für wenige Wochen, sozusagen pro forma die Leitung, so dass es Umweltminister Matthias Platzeck leichter fiel, die Landesanstalt im Parlament politisch durchzusetzen. Wenig später ging Succow als Professor nach Greifswald. Die Landesanstalt wurde später aufgelöst, die Verwaltung der Großschutzgebiete in eine der jeweiligen eigenen Abteilungen des Landesumweltamtes (LUA) überführt. Dann gab es langwierige Diskussionen, die Naturparke Landkreisen zuzuordnen, was sich aber als schwierig erwies, da viele Naturparke auf den Gebieten mehrerer Kreise liegen. Aktuell diskutiert das Umweltministerium die Überlegung, den Nationalpark und die Biosphärenreservate dem Ministerium direkt zuzuordnen, die Naturparke der öffentlich-rechtlichen Stiftungen NaturSchutzFonds Brandenburg zuzuordnen. Auf diese Weise könnte das Ministerium pro forma rund 100 Stellen abbauen, die es dann aber bei der Stiftung NaturSchutzFonds über Projektmittel in gleicher Höhe wie die bisherigen Personalmittel finanzieren müsste. Durch diese ständigen Umstrukturierungen sind die personell ohnehin ausgedünnten Schutzgebietsverwaltungen im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt. Der Nationalparkverein hingegen erfreut sich seit 20 Jahren einer enormen personellen, organisatorischen und inhaltlichen Kontinuität.

Auf den Naturschutz runter gebrochen bedeutet der staatliche Absolutheitsanspruch im Lande Brandenburg mit den sinngemäß wiedergegebenen Worten des im Ministerium für den Naturschutz zuständigen Abteilungsleiters: Was Naturschutz in Brandenburg ist, das bestimme ich. Wenn dem wenigstens so gewesen wäre. Tatsächlich bestimmten entsprechend der politischen Rangordnung keineswegs ein Abteilungsleiter, auch nur zum kleinen Teil Staatssekretäre und Minister, sondern vielmehr kleine Provinzabgeordnete, was in der Naturschutz- und Nationalparkpolitik noch zu tolerieren sei und was nicht. Dieser neue staatsmonopolkapitalistische Ansatz wird aber in einer partizipatorischen Gesellschaft keine Zukunft haben. Die Menschen fordern Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten, schließen sich in Vereinen und Verbänden zusammen und überlassen keineswegs mehr dem Staat und wechselnden politischen Mehrheiten die Deutungshoheit über Naturschutz, Landwirtschaft oder ähnliche Themenfelder.

Der Staat hat immer mehr Schwierigkeiten, neue Großprojekte durchzusetzen, sei es den neuen Flughafen Schönefeld oder den unterirdischen Bahnhof in Stuttgart. Das ist zunächst einmal nicht so dramatisch, denn das alternde, unter Bevölkerungsschwund leidende Deutschland hat in Zukunft genug damit zu tun, die vorhandene Infrastruktur wenigstens zu unterhalten. Dennoch zeigt sich am Streit um den neuen Stuttgarter Bahnhof und den Berliner Flughafen dreierlei:

1. Projekte, die einzelnen Menschen in ihrer Umgebung vor allem wirtschaftliche Nachteile bringen, lassen sich immer schwerer durchsetzen, da sich diese Betroffenen lautstark und effektiv wehren, während sich die von diesen Projekten Begünstigten vornehm zurückhalten.
2. Wenn solche Projekte aber für das Gemeinwohl erforderlich sind, so sind politikferne, private Träger häufig weit effizienter als die öffentliche Hand, da sie von politischen Pressionen nicht so leicht zu erreichen sind.
3. Wenn man solche Projekte nicht nur über die üblichen Entscheidungswege der repräsentativen Demokratie absichern, sondern auch die Bevölkerung fragen möchte, so darf man den Kreis der Befragten nicht zu eng ziehen und ausschließlich auf die von den Nachteilen betroffenen Menschen reduzieren. Eine Abstimmung über einen Nationalpark würde regional durchaus gemischte Ergebnisse zeitigen, bundesweit aber eine weit überwiegende Zustimmung.

Allerdings muss man bei der Einführung plebiszitärer Elemente, die in Europa eigentlich nur in der Schweiz einigermaßen funktionieren, aber auch dort nicht jedem gefallen - man denke nur an die gerade mit der Mehrheit des Volkes beschlossene „Ausschaffung“ krimineller Ausländer aus der Schweiz -, ehrlich und konsequent vorgehen. Manche Politiker neigen dazu, Volksabstimmungen immer für oder gegen die Projekte zu fordern, bei denen sie ihrer Mehrheit sicher sind. Wenn das Volk aber direkt und nicht über gewählte Repräsentanten, nämlich die Abgeordneten entscheidet, dann in allen Dingen, nicht nur in ausgewählten nach dem Gusto der Mächtigen.

Auf der anderen Seite wird auch deutlich, dass die im Widerstand gegen große Staatsprojekte Engagierten häufig nur ihr Partikularinteresse im Auge haben. Den Flughafen betreffend möchte zwar jeder billig fliegen, die Flugrouten aber nicht über

seinem, sondern über seines Nachbarn Haus gelegt sehen. Hier fehlt ein fachlich orientierter Sachverwalter des Gemeinwohls. Der schwache Staat ist im Konkurrenzfall geneigt, den am lautesten vorgetragenen Interessen den Vorrang zu geben. Wer keine Stimme und keine Macht hat, kann sich nicht durchsetzen. Das betrifft vor allem die Pflanzen und Tiere, die Menschen benötigen, die sich für sie einsetzen. Wenn viele Menschen von den Eingriffen in die Natur betroffen sind, wie beim Ausbau der Schleuse in Kleinmachnow, so gibt es viel Protest. Werden nur Pflanzen und Tiere in Mitleidenschaft gezogen wie beim Ausbau der Hohensaaten Friedrichsthaler Wasserstraße für Küstenmotorschiffe zwischen Schwedt und der Westoder, dann gibt es eher wenig. Gerade darin liegt die Bedeutung unabhängiger, fachlich qualifizierter Naturschutzvereine, die vom Land als Anwalt der Natur beauftragt werden, langfristig Naturschutzprojekte durchzuführen, die der Staat selbst wegen seiner tagespolitischen Abhängigkeiten nicht geradlinig und konsequent durchführen kann. Darin lag die Weitsichtigkeit von Umweltminister Platzeck in seinen grünen Aufbaujahren.

Der gerne von Gegnern des Naturschutzes erhobene Vorwurf eines angeblichen Demokratiedefizites der Vereinsarbeit geht ins Leere. Demokratie heißt keineswegs, dass das regionale Wahlvolk jedes Projekt in jedem beliebigen Stadium beenden oder zurückbauen kann, unabhängig von den Kosten oder dem Schaden für das Gemeinwohl. In einer funktionierenden Demokratie verleiht das Volk seinem Parlament Macht auf Zeit, also für den Verlauf einer Legislaturperiode. Dieses wählt eine Regierung und die wiederum beauftragt geeignete Projektträger für eine absehbare Zeit mit der Durchführung eines bestimmten Projektes, beispielsweise eines Naturschutzgroßprojektes. 1992 hat das erste frei gewählte Parlament beziehungsweise die von diesem frei gewählte brandenburgische Landesregierung zusammen mit der Bundesregierung den Nationalparkverein mit dieser Aufgabe betraut. Abgerechnet wird zum Schluss, aber schon heute können sich die Erfolge sehen lassen. Der Verein jedenfalls ist dem ihm vor nunmehr fast zwanzig Jahren übertragenen Projekt bis heute treu geblieben.

Für manche Mächtigen im Lande Brandenburg war es ein schmerzlicher Lernprozess, feststellen zu müssen, dass in einem Rechtsstaat natürliche und juristische Personen Rechte auch gegenüber einem Staat haben, der meint alles besser zu wissen und zu können. Die Liste gerichtlicher Niederlagen Brandenburgs vor Gericht, gegen natürliche und juristische Personen, die ihre Rechte, gerade auch ihre Eigentumsrechte, gegenüber einem scheinbar allmächtigen Staat vor Bundesgerichten erfolgreich verteidigten, ist lang.

Nach einem zehnjährigen, im Übrigen erfolglosen, juristischen und publizistischen Kampf gegen einen unabhängigen Nationalparkverein müsste sich in Potsdam eigentlich sukzessiv die Erkenntnis durchsetzen, dass man regierungsseitig den berechtigten, emanzipatorischen und partizipatorischen Aussprüchen der im Verein organisierten Bürger wenig entgegenzusetzen hat. Natürlich kann das zuständige Ministerium den Streit noch einmal zehn Jahre in die Länge ziehen. Der Verein wird in dieser Zeit keinen Schaden nehmen, sondern im Gegenteil eher prosperieren, auch wirtschaftlich. Dem Ausgang der anhängigen und weiterer, vom Ministerium verursachten Gerichtsverfahren kann der Verein nach seinen bisherigen Erfahrungen mit großer Gelassenheit entgegensehen. Besser wäre es, ausgehend von der Rechtslage und auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln und zu einer vernünftigen

Kooperation im beiderseitigen Interesse und zum Vorteil des Nationalparks und der Besucher und Bewohner der Region zu gelangen.

Die Hoffnung mancher Staatsmonopolcapitalisten, der Verein habe seine seinerzeitigen Aufgaben erfüllt und solle nun seine Verantwortung und vor allem seine Flächen in die Hände des schier allmächtigen Staates zurückgeben, wird sich nicht erfüllen. Noch niemals hatte ein finanziell und politisch unabhängiger, sach- und fachorientierter Naturschutz deutschlandweit solche Chancen wie im Unteren Odertal. In der gegenwärtig in Brandenburg herrschenden gesellschaftspolitischen Atmosphäre wird sich eine zweite Chance so schnell auch nicht wieder bieten. Was in den neunziger Jahren privatisiert wurde, soll heute wieder verstaatlicht werden. Das ist die gegenwärtig zu beobachtende gesellschaftspolitische Tendenz nicht nur in Brandenburg. Es wäre daher sträflich, die einmaligen Entwicklungschancen für einen privaten Verein im Unteren Odertal ungenutzt zu lassen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Heute ist es schon politisch inkorrekt, nur von einem Mohren zu sprechen, erst recht ihn nach getaner Arbeit einfach wegzuschicken. Der Verein als Mohr lässt sich weder diskriminieren noch beseitigen. Er freut sich über seine bisherigen, in Deutschland beispiellosen Erfolge und arbeitet mit großem Engagement an weiteren, gern auch in Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen. Und die ehrenamtlichen Vorstands- und Vereinsmitglieder nehmen Ministerpräsident Platzeck ernst, wenn er zum traditionellen Jahresempfang 2010 anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes alle freiwillig Engagierten hochleben lässt und betont: „Ehrenamt muss etwas sein, auf das man stolz sein kann in aller Öffentlichkeit.“ Wir können es.

Anschrift des Verfassers:

DR. ANSGAR VÖSSING, Stellvertretender Vorsitzender
Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen
Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V.
Schloss Criewen, 16303 Schwedt / Oder
Nationalparkverein@Unteres-Odertal.info